

1. Diskriminierungsschutz in Grundgesetz und Allgemeinem Gleichbehandlungsgesetz stärken

Wir werden uns im Bundesrat mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität explizit in Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes aufgenommen wird. Dies ist zentral, um strukturelle Diskriminierung klar zu benennen und ihr entgegenzuwirken. Unser Ziel ist es, die Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von ihrer sexuellen und/oder geschlechtlichen Identität im Fundament unseres Rechtsstaates zu verankern.

Im Bundesrat werden wir eine entsprechende Initiative unterstützen bzw. einreichen und uns für die dafür notwendige verfassungsändernde Mehrheit einsetzen.

Auf Landesebene fordern wir eine konsequente Umsetzung und Ausweitung des Landesantidiskriminierungsgesetzes und setzen auf verbindliche Schulungen und die damit einhergehende Sensibilisierung für Behörden. So können wir ein Umfeld schaffen, welches für alle Bürger*innen Mecklenburg-Vorpommerns sicher ist.

2. Abstammungs- und Familienrecht für Regenbogenfamilien reformieren

Der aktuelle Stand des Abstammungs- und Familienrechts bildet die Vielfalt tatsächlicher Lebensrealitäten nicht ab. Durch eine dringend notwendige Modernisierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen werden wir sicherstellen, dass alle Familienmodelle die gleiche rechtliche Absicherung erfahren. Nur so können wir eine echte Gleichstellung von Regenbogenfamilien gegenüber geltendem Recht vollziehen.

Zudem fordern wir rechtliche Absicherungen, die weit über das binäre System hinausgehen. Das umfasst vor allem die Anerkennung vielfältiger Elternschaftsmodelle in allen relevanten Rechtsbereichen. So kann die rechtliche Sicherheit aller Beteiligten und vor allem das Kindeswohl in jeder Familienform gesichert werden.

Durch gezielte Bildungs- und Präventionsarbeit wollen wir Queerfeindlichkeit entschieden entgegentreten. Gleichzeitig setzen wir uns für die rechtliche Stärkung der Kinderrechte in allen Familienkonstellationen ein. Durch die Verankerung von Vielfalt in Schule und Erwachsenenbildung schaffen wir die Basis für ein respektvolles Miteinander.

3. Selbstbestimmung von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen sichern

Wir wollen die rechtliche Selbstbestimmung von trans und intergeschlechtlichen Menschen dauerhaft sichern, indem wir einen konkreten Schutz vor rechtlichen Rückschritten anstoßen und sicherstellen, dass Selbstbestimmung als integraler Teil der Menschenwürde Bestand hat. Dazu zählt nicht nur das Festhalten am Selbstbestimmungsgesetz und dessen Weiterentwicklung, sondern auch die Auseinandersetzung mit Betroffenen und Expert*innen, um die Lebensrealitäten von trans und intergeschlechtlichen Menschen bestmöglich einschätzen zu können und Maßnahmen auf den Weg zu bringen, die tatsächlich helfen.

Das Offenbarungsverbot nach § 13 des Selbstbestimmungsgesetzes erachten wir als essenziellen Schutz der Privatsphäre. Um Zwangsausings durch behördliche Register und Datenverarbeitung zu verhindern, bedarf es in unseren Augen eine lückenlose Kontrolle der Datenverarbeitungsprozesse und eine strikte Einhaltung der Schweigepflicht an allen staatlichen Institutionen.

Die Finanzierung transitionsbezogener medizinischer Maßnahmen muss als Teil der gesundheitlichen Grundversorgung sichergestellt werden. Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und verlässliche Finanzierung durch die Krankenkassen ein, die den Zugang zu notwendiger medizinischer Unterstützung nicht vom sozialen Umfeld abhängig macht.

In einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern werden wir die wohnortnahe Beratung durch den Aufbau und die Förderung regionaler Beratungsstellen stärken. Wir setzen auf eine Kombination aus digitalen Angeboten und der Stärkung lokaler Strukturen, um auch im ländlichen Raum qualifizierte und unabhängige Unterstützung zu garantieren.

4. Hasskriminalität gegen LSBTIQ wirksam bekämpfen

Queere Menschen sind besonders von Gewalt betroffen. Wir stellen uns schützend vor sie und werden den Alltag, die CSD's und die Sicherheitsinfrastruktur für queere Menschen in den Fokus nehmen.

Da die Anzahl queerfeindlicher Gewalt seit Jahren immer weiter ansteigt, wollen wir dafür sorgen, dass Queerfeindlichkeit als Tatmotiv aufgeführt wird. Denn nur wenn wir Queerfeindlichkeit klar benennen und sie sichtbar machen, können wir sie auch wirksam bekämpfen.

Dazu wollen wir Mehrfachdiskriminierung durch Sicherheitsbehörden verhindern indem Ansprechpersonen für queere Menschen bei der Polizei klar benannt sind, sowie bereits in der Aus- und Fortbildung von Polizist*innen ein schützender Umgang mit queeren Menschen gelehrt wird.

5. Menschenrechtskonforme und LSBTIQ-inklusive Flüchtlingspolitik

Wir wollen geschützte Einrichtungen und Rückzugsmöglichkeiten für queere Personen schaffen. Darüber hinaus bauen wir die Sprach- und Integrationskurse mit verlässlicher Kinderbetreuung aus und stärken Bildungsangebote, die queere spezifische Bedarfe berücksichtigen. Zudem wollen wir getrennte Schutzräume und queersensibel geschultes Personal in Erstaufnahmeeinrichtungen und kommunalen Gemeinschaftsunterkünften.

Ein Gewaltschutzkonzept in Flüchtlingsheimen und Gemeinschaftsunterkünften muss verpflichtender bzw. stark gewichtender Teil von Ausschreibungen werden.

Wir lehnen die Abschiebung von queeren Menschen in Staaten ab, in denen sie mit Verfolgung, Folter oder Mord rechnen müssen.

Wir fördern gerne und grundsätzlich Beratungsangebote und Selbsthilfegruppen für queere Menschen. Dies gilt natürlich auch für queere Menschen mit Migrationshintergrund oder Schutzstatus.

Mecklenburg-Vorpommern soll ein queerer Schutzraum an der Ostsee sein. Solidarität hört nicht an Landesgrenzen auf. Wir unterstützen daher auch zB. queere Vereine in Polen.

6. Respekt und Akzeptanz im Alltag stärken

Der Landesaktionsplan für Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt soll langfristig gesichert und mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden. Wir fordern jährliche Berichte über Fortschritte und partizipative Weiterentwicklung mit den Queeren Vereinen. Nur durch eine stabile Ressourcenbasis können die Ziele der Gleichstellung langfristig erreicht werden. Zur Absicherung von Bildungs- und Präventionsarbeit wollen wir queere Themen in allen

Bildungsbereichen – von der Schule bis zur Erwachsenenbildung – vorantreiben. Dazu zählen verbindliche Inhalte zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Lehrplan sowie Sensibilisierung und Fortbildung von Lehrkräften. Darüber hinaus setzen wir uns für Aufklärungsprojekte an Schulen ein, z. B. durch Kooperationen mit AIDS-Hilfen und queeren Initiativen.

Essenziell für die Demokratieförderung ist die langfristige Finanzierung von Demokratieprojekten und Präventionsarbeit gegen Queerfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Wir stärken weiterhin zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich für Vielfalt einsetzen, finanziell und strukturell.

Weiterhin befürworten wir die Beteiligung von queere Interessenvertretungen im NDR-Rundfunkrat. Öffentliche Medien wie der NDR haben aus unserer Sicht eine Bildungs- und Vorbildfunktion. Daher muss geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Programmen und Entscheidungsgremien sichtbar sein.

7. Queere Gesundheit fördern

AIDS-Hilfen und Beratungsstellen für sexuelle Gesundheit sind systemrelevant. Wir sichern ihre dauerhafte Finanzierung und erweitern niedrigschwellige Angebote, besonders in ländlichen Regionen. Eine Unterversorgung oder das Abweisen von Patient*innen aufgrund von Kapazitätsproblemen werden wir nicht akzeptieren.

In jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt muss ein diskriminierungsfreier Zugang für die Testung und Beratung von sexuell übertragbaren Krankheiten existieren.

Wir wollen Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen durch Fortbildungen sensibilisieren. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Anlaufstellen für queere Personen müssen flächendeckend und niedrigschwellig verfügbar sind.

Die Finanzierung muss langfristig abgesichert und an die Inflation angepasst sein.

Gemeinsam mit den AIDS Hilfen und der TIN* Beratungsstelle möchte wir die „Gesundheitskarte“ für Mediziner*innen die besonders queerfreundlich sind bzw. spezialisierte Gesundheitsdienstleistungen einführen bzw. ausbauen.

8. Queer und Alter

Wir möchte ein gutes Altern ermöglichen. Das ist für queere Menschen manchmal schwierig, da teilweise im Altersheim eine neue Phase des Versteckens beginnt.

Das Pflegepersonal ist hier zentral um queere Pflegebedürftige zu unterstützen. Hier soll in der Pflegeausbildung queeres und geschlechtliche Vielfalt im Plan behandelt werden.

Dokumente und Beratungsangebote müssen einfach verständlich und analog sowie digital zur Verfügung stehen um den besten bedarfsgerechten Zugang zu ermöglichen.

Die Beratungsstellen sollen mit entsprechender Gegenfinanzierung Altersheime bzw. Träger von Wohnangeboten proaktiv Beraten.

9. Queere Räume sichern

Queere Räume, ob kommerziell, beratend oder nicht profitorientiert sind essenziell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, für den Schutz und das Entfalten von queerem Leben und für das Sicherheitsgefühl von vielen Menschen in MV.

In größeren Kommunen gibt es meist Strukturen die wir als Land erhalten müssen. Im ländlichen Raum regt sich immer mehr Selbstorganisation vor allem durch ehrenamtliche Strukturen. Hier müssen wir als Land Mut machen und als starker Partner, sowohl finanziell als auch strukturell Auftreten.

Wir müssen auf den Ausbau, die Digitalisierung von Angeboten, die Barrierefreiheit und Erreichbarkeit für queere Räume achten.

Speziell Angebote für junge Menschen, die vllt. Im Schulalltag Aufgrund Ihrer Queerness Mobbing erfahren verdienen Orte an denen Sie sich sicher fühlen.

CSD's sind immer wieder Ziele für Hass und Hetze. Vor allem Vergleiche zu Pädophilie und der Androhung von physischer Gewalt werden wir hart entgegenstehen und mit allen staatlichen Mitteln bekämpfen.